

Rede des Bürgermeisters zur Einbringung des Haushalts am 31.01.2012

Meine sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
verehrte Öffentlichkeit,

beginnen möchte ich damit, dass es an einem Vorgang nichts zu beschönigen gibt: Der Haushalt wird erneut, zum zweiten Male, in den Rat eingebracht. Der zweite Anlauf der Einbringung eines Haushaltes ist erforderlich gewesen, weil die Fakten und Daten ganz anders ausgefallen sind, als von mir vorausgesehen und erwartet. Dies ist sicherlich ein ungewöhnlicher Vorgang. Ich habe daraus zwei Lehren für mich gezogen:

Ich werde in Zukunft keinen Haushalt mehr in den Rat einbringen, der nicht auf gesicherten Fakten-Grundlagen beruht. Und ich werde Bewertungen und Erwartungen erst dann vornehmen, wenn die Fakten bekannt sind.

Es ist für mich auch kein Trost, dass in NRW 138 von insgesamt 430 Kommunen kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept haben, d. h. konkret, dass bei einer großen und im Übrigen zunehmenden Zahl von Kommunen es nicht gelingt, den Haushalt zu konsolidieren und mittelfristig zum Ausgleich zu führen.

Es ist erst recht kein Trost, dass 34 Kommunen in NRW eine bilanzielle Überschuldung aufweisen, also einen vollständigen Verzehr des Eigenkapitals.

Diese Tatsachen sind aber zumindest eine Erklärung, dass sich die kommunale Ebene im Finanzierungsbereich auf äußerst schwierigem und unbefriedigendem Terrain bewegt. Verschuldung ist an vielen Orten eingetreten oder droht den Kommunen. Die Finanzausstattung der kommunalen Familie reicht schlicht nicht aus. In Erftstadt ist ein Ausgleich des Haushalts derzeit nicht herbeizuführen.

Aus eigener Kraft werden wir diesen Haushaltsausgleich auch nicht schaffen. Wir sind auf Hilfen von außen angewiesen, auf Hilfen des Bundes, des Landes und der kommunalen Solidargemeinschaft.

Lassen Sie mich an den Anfang meiner Rede zwei Aussagen stellen:

Der neue Haushaltsentwurf wird mit realen, mit von Orientierungsdaten gedeckten Zahlen und Fakten vorgelegt. Und zweitens: Der Haushalt ist nicht gedeckt und ist auch innerhalb der nach neuer Gemeindeordnung verlängerten Zeit zur Herbeiführung einer Haushaltsdeckung von 10 Jahren nicht zum Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu führen.

Dies heißt übrigens nicht, meine Damen und Herren, dass der Haushalt sich so entwickeln wird, wie es von uns jetzt erwartet wird.

Ich rechne damit, dass wir das erschreckend hohe Defizit von über 14 Millionen im Jahre 2012 nicht voll benötigen werden, sondern dass es uns gelingt, durch sparsame Haushaltsführung diese Zahl ein wenig zu verbessern. Voraussetzung dafür ist, dass das von uns mit dem Haushalt vorgelegte Haushaltssicherungskonzept keine wesentlichen Veränderungen erfährt.

Ein Beispiel für die Fragilität der Haushaltsplanung ist die Kreisumlage. Offensichtlich scheint es jetzt gelungen zu sein, nachdem der Landschaftsverband eine Senkung seiner Umlage in Aussicht gestellt hat, dass sich auch die Kreisumlage um 0,5 Punkte reduziert.

Dies stellt eine Entlastung des Haushaltes für Erftstadt im Jahre 2012 von etwa 250.000 Euro dar. Diese Zahl ist noch nicht in den Plan eingearbeitet, weil die Information über die beabsichtigte Senkung der Kreisumlage bei Aufstellung dieses Haushaltsplanes noch nicht bekannt war.

Die Senkung der Kreisumlage ist ein Schritt in die richtige Richtung, den ich ausdrücklich begrüße.

Ich sage aber auch:

Der Schritt ist noch nicht groß genug. Ich erinnere daran, dass alle Bürgermeister des Rhein-Erft-Kreises, die CDU- und die SPD-Bürgermeister, gemeinsam einen Brief an den Landrat gerichtet haben, indem eine größere Senkung der Kreisumlage angemahnt wird.

Dabei habe ich Verständnis dafür, dass der Kreis sich weiter als schuldenfrei präsentieren will. Dies ist aus der Sicht der Kreispolitik ohne Frage eine wichtige Errungenschaft.

Aber es gilt auch:

Wir müssen die Solidarität des Kreises für Kommunen einfordern, die bereits erhebliche Konsolidierungsbemühungen in der Vergangenheit unternommen haben. Es gibt Möglichkeiten und Wege, dass der Kreis seine Kreisumlage senkt, ohne gleichzeitig neue Schulden aufbauen zu müssen.

Dies ist z. B. möglich, indem die RWE-Aktien im Jahre 2012 nicht abgewertet werden. Der Wertverlust dieser Aktien hat somit keine Auswirkung auf die Liquidität.

Dies ist auch möglich, indem auf die vollständige Erwirtschaftung der Abschreibungen verzichtet wird.

Der Kreis hat die verringerte Landschaftsverbandsumlage, er hat die Zusage oder Erwartung, dass der Bund die Grundsicherungskosten nach dem SGB im Jahre 2012 zu 45 % übernimmt, im Jahre 2013 zu 75 %, im Jahre 2014 zu 100 %.

Ich richte deshalb noch einmal den Appell an die Kreistagspolitiker und den Landrat, einen größeren Schritt in Richtung Senkung der Kreisumlage zu tun und damit wirksam und solidarisch den Städten des Rhein-Erft-Kreises bei der Lösung ihrer estatistischen Probleme zu helfen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

es gibt viele weitere Imponderabilien, die unsere mittelfristige Haushaltsplanung nachhaltig beeinflussen können.

Ich möchte Ihnen hierfür einige Beispiele nennen:

1.)

Niemand von uns weiß, wie sich die Konjunktur in Zukunft entwickeln wird. Was wir wissen, ist die Tatsache, dass die Stadt Erfstadt im letzten Jahr deutlich höhere Steuereinnahmen erzielt hat, als von uns vorausgesagt worden sind.

Ich rechne aufgrund aktiver Wirtschaftsförderungspolitik auch damit, dass sich dieser Prozess hoher Steuereinnahmen fortsetzt. Ich weiß allerdings auch, dass höhere Steuern nur zu einem ganz kleinen Teil in unserer Stadt verbleiben.

Sie werden im Übrigen zu einem größeren Teil oder man kann auch sagen, zum größten Teil, im Rahmen des Finanzausgleichs verrechnet.

2.)

Das GFG 2011 ist nach meiner Ansicht verfassungsmäßig zweifelhaft.

Wir haben uns deshalb der Initiative von fast 50 Kommunen angeschlossen, dieses Gesetz auf seine Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen. Im Kern geht es darum, ob unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitsgrundsatzes der kreisfreie Raum und der kreisangehörige Raum gerecht bedacht worden sind.

Hierzu wird eine Klärung im Verfahren über die Verfassungsbeschwerde herbeigeführt.

Selbst wenn wir erfolgreich sein sollten, dürften davon ausgehende Verteilungswirkungen erst später eintreten. Kurzfristig können wir deshalb nicht mit einer Verbesserung unserer Finanzen rechnen.

3.)

Auch das GFG 2012 wird unter der strengen Beobachtung der kreisangehörigen Städte stehen.

Sollte es zu einer gleichen Verteilung zugunsten der kreisfreien Städte kommen, werden wir auch dieses Gesetz mit der Verfassungsbeschwerde angreifen.

In beiden Fällen, bei der Verfassungsbeschwerde gegen das GFG 2011 und bei der Verfassungsbeschwerde gegen das GFG 2012, können durch gerichtliche Entscheidungen Einnahmenverbesserungen möglicherweise eintreten.

Aus der Anhörung im Landtag zum GFG 2012 am 27.01.2012 – also vor wenigen Tagen – wurde bekannt, dass die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Kommunen zwischen 2000 und 2012 um 3,4 % gestiegen sind. Im selben Zeitraum wuchsen die Schlüsselzuweisungen an die kreisfreien Städte um 48,7 %. Dieses Ungleichgewicht in der Verteilung der Schlüsselzuweisungen des Landes kann nicht hingenommen werden. Das Parlament kann übrigens auch ohne Korrektur durch den Verfassungsgerichtshof eine Änderung herbeiführen.

4.)

Wir werden uns sehr genau und differenziert mit der Frage der Zukunft des Eigenbetriebes Straßen befassen. Wir haben inzwischen Sachverstand uns dafür beschafft, uns, der Stadt Erfstadt, zu helfen, ob der Betrieb weiter optimiert, ob er effizienter gestaltet und ob er durch Auflösung oder Neuorganisation anders gestaltet werden kann.

Ich bitte die Politik, zur Klärung dieser Frage uns ein wenig Zeit zu geben. Eine Projektgruppe in der Verwaltung befasst sich mit diesem Thema.

Aus dieser Arbeit können auch Erkenntnisse für die Zukunft des Eigenbetriebes Immobilienwirtschaft abgeleitet werden.

5.)

Wir schlagen als Verwaltung vor, nicht benötigte Grünflächen zu verkaufen und dadurch zwei Effekte zu erzielen:

Einerseits Einnahmen, die weitere Verschuldungen unserer Stadt reduzieren, andererseits Einsparungen von Pflegekosten der Grün-Bereiche.

Die Verwaltung wird hierzu eine Vorlage vorlegen, anhand derer die Politik sich damit befassen soll, welche Grünflächen zur Disposition stehen und welche nicht. Die Erzielung von 500.000 Euro pro Jahr in den nächsten fünf Jahren halten wir für realistisch.

6.)

Ich halte den Prozess einer Konzentration der Nutzung von Immobilien unverzichtbar für eine langfristige Haushaltskonsolidierung.

Wir haben deshalb ein Konzept für die Zukunft der Carl-Schurz-Hauptschule vorgelegt und gleichzeitig, damit verbunden, den Verzicht auf die Schul-Container am Marienplatz, auf die Marienschule und die Musikschule dargelegt. Sicher: Wir müssen in die Carl-Schurz-Schule erhebliche Investitionen tätigen.

Wir erzielen Einnahmen aus dem beabsichtigten Verkauf der freiwerdenden Grundstücke und Gebäude.

Auf Dauer werden wir Einsparungen mit der hier vorzunehmenden Konzentration auf eine Immobilie und den Verzicht auf andere Immobilien erreichen.

7.)

Wir wollen uns mit einem Energiekonzept beschäftigen.

Ich weiß sehr wohl, dass der Einstieg in eine kommunale Energiewirtschaft kein Allheil-Mittel ist, insbesondere kein ausreichendes Instrument zur Konsolidierung unseres Haushaltes.

Es lassen sich aber Einnahmen erzielen, wenn wir uns in dieser Frage einigen können. Und es ist meine feste Überzeugung, dass unabhängig von der finanziellen Betrachtungsweise die Energiewende nur gelingen kann, wenn die Kommunen bei der Energieproduktion und bei der Energieverteilung eine wichtige Rolle übernehmen. Die Energiewende ist dezentral, regional und partizipativ, d. h. sie muss unter Mitwirkung einer möglichst breiten Bevölkerung in die Tat umgesetzt werden. Nur so kann sie erfolgreich sein.

8.)

Ungewiss sind noch die Kosten, die durch die von mir grundsätzlich sehr begrüßte Inklusion im Kinder- und Schülerbetreuungsbereich auf uns zukommen. Hier könne so etwas wie eine kleine Zeitbombe ticken. Unmittelbare Auswirkungen auf die Haushaltslage der Stadt müssen zunächst noch ermittelt werden und werden sich wohl erst ab dem Haushaltsplan 2013 konkret auswirken.

Meine Damen und Herren,

alle Zahlen, die mit dem Haushalt verbunden sind, wird Ihnen unserer Kämmerer, Herr Heil, vortragen. Ich darf Ihnen versichern, der Verwaltungsvorstand hat in den letzten Wochen viel Zeit und Arbeit damit verbracht, diesen Entwurf des Haushaltsplanes zu erstellen.

Ich würde mich freuen, wenn von Ihnen weitere Anregungen zu einer Verbesserung der Haushaltssituation eingebracht würden. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt. Lassen Sie uns diese Verantwortung gemeinsam tragen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.